



FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG Für die Freiheit.



# GAME- CHANGER

Die Liberalen  
und die Anfänge der  
deutschen Umweltpolitik

# Impressum

## Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Truman Haus  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

🌐 /freiheit.org

f /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺 /FNFreiheit

## Autorin

Christine Frohn,  
Referentin Energiepolitik und Nachhaltigkeit  
Liberales Institut der  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Redaktion

Liberales Institut der  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Kontakt

Telefon: +49 30 22012634  
Telefax: +49 30 69088102  
E-Mail: service@freiheit.org

## Stand

Juli 2021

ISBN 978-3-948950-10-1

## PUBLIC HISTORY

In unserer Reihe „Public History“ geben wir Einblick in das Leben und Wirken liberaler Persönlichkeiten und erinnern an bedeutende Ereignisse der Zeitgeschichte zu den Themen Freiheit und Demokratie.

### Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

# Inhaltsverzeichnis

## 01 Der Beginn

04 Die Anfänge der Umweltpolitik in Deutschland

## 02 Die Abteilung

06 Ein liberaler Umweltminister

## 03 Die Expertise

10 Wie kam der Umweltschutz zur FDP?

## 04 Die Grundlage

Umweltprogramm und Umweltgesetze  
unter liberaler Federführung

14 17.09.1970 – Sofortprogramm des Bundeskabinetts

17 Freiburger Thesen

## 05 Die Krise

20 Die Folgen der Ölkrise

## 06 Die Wirtschaft

22 Die Kieler Thesen

## 07 Die Konsolidierung

24 Die späten 70er Jahre –  
Wiederaufschwung der Umweltpolitik

## 08 Die Programmatik

28 Ökologisches Aktionsprogramm

## 09 Der interne Konflikt

30 BML vs. BMI – Umweltpolitik unter Gerhart Baum

## 10 Die Katastrophe

32 Exkurs Luftreinhaltepolitik /Waldsterben

## 11 Das Ministerium

36 Die Gründung des Bundesumweltministeriums

38 Resümee

42 Zeitstrahl Umweltpolitik

44 Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

46 Bildlegenden

## 01 Die Anfänge der Umweltpolitik in Deutschland

Ein singuläres Ereignis für die Anfänge der deutschen Umweltpolitik gibt es nicht. Kein Fridays for Future, kein BUND. Auch keine akute Umweltkrise ist erkennbar. Weder der Druck von Interessengruppen noch die gesellschaftspolitische Umweltdiskussion waren so weit fortgeschritten, dass Parteien diese für sich hätten nutzen können. Und trotzdem: Seit Ende der sechziger Jahre entwickelte sich der Umweltschutz zum eigenständigen Politikfeld in der Bundesrepublik.

1969 hatte noch keine Partei umweltpolitische Inhalte in ihrer Programmatik. In den vorangegangenen Wahlkämpfen 1965 und 1969 hatte Umweltschutz keinerlei Rolle gespielt. Aber insbesondere eine Partei begann das Thema Umweltschutz näher ins Auge zu fassen und letztendlich auch maßgeblich voranzutreiben: die FDP unter Hans-Dietrich Genscher als Bundesinnenminister.

Zwar wurden bereits Themen wie Wasserreinhaltung, Abfallbeseitigung, Naturschutz oder Landschaftspflege politisch thematisiert.

„ Die Vergiftung und die Verseuchung unserer Umwelt hat in einem bedrohlichem Maße zugenommen. Die Verschmutzung des Wassers, die Vergiftung der Luft, die Zunahme des Lärms und die unzureichende Abfallbeseitigung sind zu einer Gefahr für die Gesundheit unseres gesamten Volks geworden.

Beschluss, 20 o. Bundesparteitag der FDP vom 22. bis 24. Juni 1970 in Bonn

Allerdings fehlte die alle Themen umfassende Klammer der Umweltpolitik, welche eine breitgefächerte Programmatik und bereichsübergreifende Institutionen ermöglichte.

Im Gegensatz zu späterer Umweltgesetzgebung, die oftmals auf akute Krisen reagierte (Waldsterben: Luftreinhaltung, Atomausstieg: Fukushima), fehlte ein solcher Anlass bei der Begründung der deutschen Umweltpolitik gänzlich. Der Begriff „Umweltschutz“ wurde durch eine Übersetzung von „environmental protection“ aus den USA importiert. Die USA befassten sich als erste mit der Umweltthematik.

Hinzu kamen erste Aufschläge aus der Wissenschaft oder auch die Resonanz populärwissenschaftlicher Werke wie das 1962 veröffentlichte Buch „Silent Spring“ von Rachel Carsons. Auch die 1972 vom Club of Rome veröffentlichte Studie „The Limits of Growth“, die sich mit den Grenzen des Wirtschaftswachstums auseinandersetzte, gehörte zu den Werken, die die Anfänge der Umweltpolitik in den USA vorantrieben. Ein eher positives Reformklima zwischen den Jahren 1971 und 1974 sowie eine günstige Wirtschaftslage ermöglichten es, ein effizientes Gesetzesfundament zum Schutz der Umwelt zu legen.

## 02 Ein liberaler Umweltminister

Am Anfang der deutschen Umweltpolitik stand Hans-Dietrich Genscher und mit ihm die Umorganisation der Bundesregierung. Genscher erhielt in seiner damaligen Funktion als Bundesinnenminister 1969 von Bundeskanzler Willy Brandt per Organisationserlass die Abteilung „Wasserwirtschaft, Reinhaltung der Luft, Lärmbekämpfung“, die ursprünglich im Bundesgesundheitsministerium angesiedelt war. Zwar war auch eine Verlagerung der Zuständigkeiten für Naturschutz und Landschaftspflege aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium geplant, diese scheiterte jedoch am Widerstand des FDP-Bundeslandwirtschaftsministers, Josef Ertl, und wurde erst 1986 nach Tschernobyl realisiert.



**Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher** wird im Deutschen Bundestag als Bundesminister des Innern durch Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel vereidigt. (22. Oktober 1969)

Genscher suchte nach einem Alternativnamen für die Abteilung und entschied sich für die „Abteilung U“. U stand für den in Deutschland noch unbekanntem Begriff „Umweltschutz“. Für Genscher bot sich mit dem Besetzen der Umweltpolitik eine wichtige Chance. Die Umbenennung dieses sperrigen Abteilungsnamens zeigt, wie wichtig für Genscher dieser Programmbereich war. Durch den Wechsel zur SPD als Koalitionspartner sah sich die FDP einer parteiinternen Machtprobe gegenüber. Teile des nationalliberalen Flügels waren durch diesen Schritt verstimmt, und die FDP war auf der Suche nach einer neuen Identität. Die Umweltschutzthematik ermöglichte es, das neugewählte Image als gesellschaftsreformerische Partei inhaltlich aufzufüllen. Schließlich hatten die Liberalen im Wahlkampf damit geworben, „alte Zöpfe“ abzuschneiden.



**Vorführung des Umweltschutzspiels „Toxifax“**,  
Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher  
spielt mit interessierten Jugendlichen

” **Nach Auffassung der Bundesregierung hilft keine Kosmetik an Umweltproblemen, d.h. das Kurieren an Symptomen. Notwendig ist es, die drohende Umweltkrise an der Wurzel zu packen.**

Hans-Dietrich Genscher

Genscher begann sofort, die Programmarbeit stark voranzutreiben. Ziel war die Ausarbeitung eines Sofortprogramms für den Umweltschutz. Bei einer Klausurtagung in Bad Neuenahr sagte Genscher den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BMI und den Ressorts, dass sie nicht eher nach Hause dürften, bis das Umweltprogramm fertig sei. Mit dem Sofortprogramm sollte die Öffentlichkeit auf den Umweltschutz aufmerksam gemacht werden, und es sollte schnell erreichbare Erfolge mit sich bringen. Deshalb wurden Gesetzesvorhaben angekündigt, die in der Ministerialverwaltung bereits vorbereitet waren. Dazu gehörten unter anderem das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Fluglärmgesetz und das Abfallbeseitigungsgesetz. Die Ankündigung des Benzin-Blei-Gesetzes war dabei sehr innovativ. Das Gesetz begrenzte den Bleianteil in Ottokraftstoffen. Eine politische Forderung, die

anschließend auch von der europäischen Ebene aufgegriffen und umgesetzt wurde.

Bereits am 17. September 1970 wurde das Sofortprogramm vom Bundeskabinett verabschiedet. Das eigentliche Umweltprogramm folgte im September 1971. Das Umweltprogramm gliederte die unterschiedlichen Teile des Umweltschutzes, die es in der einen oder anderen Form schon vorher gab, in einen größeren Zusammenhang ein. Die so formulierten Leitlinien der Umweltpolitik tauchten in allen später vorgelegten Umweltprogrammen von Parteien oder Verbänden wieder auf. In seiner Amtszeit verwirklichte Genscher ein progressives Umweltprogramm, was auch lange Zeit nach ihm noch Maßstäbe setzt.

Der Grundstein deutscher Umweltpolitik wurde von Hans-Dietrich Genscher gelegt.

**Peter Menke-Glückert**  
„Umwelt-Papst der Liberalen“

## 03 Wie kam der Umweltschutz zur FDP?

Die progressiven Umweltschutzideen innerhalb der Liberalen sind eng mit einem Namen verbunden und zwar mit Peter Menke-Glückert: der sogenannte „Umwelt-Papst der Liberalen“, der sich nie in den Vordergrund stellte und deshalb der Öffentlichkeit weithin unbekannt blieb. Während seiner USA-Aufenthalte kam Menke-Glückert mit der dort aufkeimenden Umweltbewegung in Berührung. Schnell erkannte er als einer der ersten in Europa die gesellschaftspolitische Bedeutung des Umweltschutzes und verfasste 1968 als Mitarbeiter der OECD seine „Zehn Gebote zur Umweltpolitik“. In diesen stellte Menke-Glückert einen sehr eindeutigen Zusammenhang zwischen mensch-



” **Peter Menke-Glückert war ein Mann mit großer Begeisterungsfähigkeit, guten Ideen, gründlicher Kenntnis der internationalen Forschung und beträchtlicher Durchsetzungskraft.**

Hans-Dietrich Genscher

lichem Handeln und Schäden an der Umwelt her. Eine Hypothese, die zu diesem Zeitpunkt noch gänzlich unbekannt war.

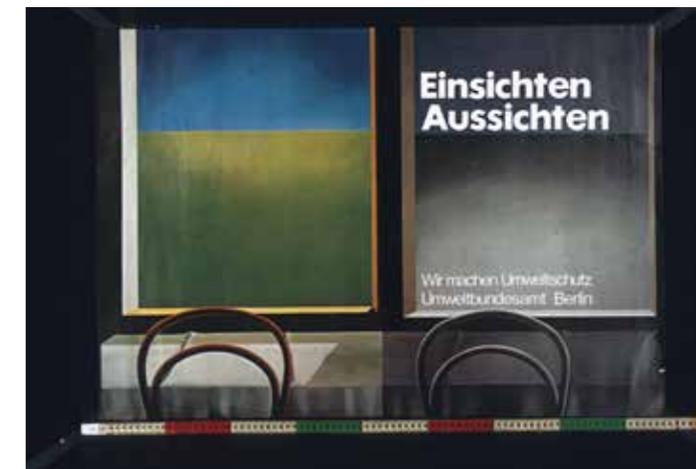
Peter Menke-Glückert verband mit Hans-Dietrich Genscher, die beide der LDP entstammten, eine enge Freundschaft. Deshalb ernannte Genscher seinen Studienfreund Ende 1970 zum Leiter des neugeschaffenen Referats Umweltkoordinierung. Die „Zehn Gebote“ hatten deutlichen Einfluss auf Genschers Umweltpolitik. So betonte er 1971 im Bundestag: „Umweltfreundlichkeit muss zu einem selbstverständlichen Maßstab für unser aller Handeln werden, sei es im Staat, sei es in der Wirtschaft, sei es im Konsumverhalten des Bürgers.“

Im Bundesinnenministerium war Menke-Glückert maßgeblich für die Ausgestaltung des Umweltschutzprogramms der Bundesregierung verantwortlich. Dessen Bedeutung reichte weit bis in die Zeit der später folgenden schwarz-gelben Koalition hinein. Am Ende der 70er Jahre stand die Großfeueranlagenverordnung, die zum Schutz der Wälder die Industrie massiv in die Verantwortung nahm. Menke-Glückert hatte als einer der ersten erkannt, dass es irgendeinen Zusammenhang zwischen dem Waldsterben und menschlichem Handeln geben musste. Gehört wurde er zunächst jedoch nicht. Vielmehr wurde seine warnende Stimme zu den negativen Folgen des technischen Fortschritts als unnötiger Alarmismus abqualifiziert.



Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Innern (2.v.l.), und Robert Poujade, französischer Minister für Umweltschutz (l.), besichtigen das **Emscher Klärwerk** (1. Juni 1971)

Zusätzlich zu seiner Arbeit am Regierungsprogramm hatte Menke-Glückert innerhalb der FDP den Bundesfachausschuss für Umweltfragen eingerichtet und mit der Vorbereitung der Umweltprogrammatik der die FDP nachhaltig prägenden Freiburger Thesen angefangen. Die Arbeitsweise von Menke-Glückert zeichnete sich dadurch aus, dass für ihn an erster Stelle der Informationsgewinn stand. Ohne umfassende Informationen über den Zustand der Umwelt könne Umweltpolitik nicht stattfinden. Diese Denkweise weist auch auf den fortschrittlichen Charakter der Umweltpolitik der Bundesrepublik hin: Sie war stark präventiv ausgelegt und versuchte, durch die Implementierung des Verursacherprinzips Schäden an der Umwelt zu vermeiden beziehungsweise den Verursachern anzulasten. Im Ausland wurde bis dahin überwiegend eine reaktive Umweltpolitik betrieben.



**Einsichten – Aussichten**  
Werbeplakat des Umweltbundesamts  
(ca. 1982)

## 04 Umweltprogrammatik und Umweltgesetze unter liberaler Federführung

### 17.09.1970 – Sofortprogramm des Bundeskabinetts

Das Sofortprogramm (1970) sollte die dringendsten Umweltprobleme in Angriff nehmen. Das darauf aufbauende Umweltprogramm der Bundesregierung legte dann einen detaillierten Gesetzgebungsfahrplan und konkrete Ziele fest. Richtschnur des Programms waren das Verursacherprinzip, das Vorsorgeprinzip und das Kooperationsprinzip. Das Vorsorgeprinzip fordert, dass durch eine vorhersehende Umweltplanung erst gar keine Schäden an der Natur entstehen können. Beim Verursacherprinzip werden die Kosten

für die Schäden an der Umwelt den Verursachern angelastet. Und das Kooperationsprinzip steht für die Einbeziehung aller relevanter Akteurinnen und Akteure um so eine größtmögliche Akzeptanz für Umweltmaßnahmen zu schaffen. Das Neue war nicht nur, dass Umweltschäden von vorneherein verhindert werden sollten. Umweltpolitik wurde als Querschnittsaufgabe begriffen und wollte bei den Bürgern Akzeptanz für umweltpolitische Maßnahmen schaffen. Diese Grundlagen sind bis heute maßgeblich für die Umweltpolitik.



Bundesparteitag der FDP  
in Freiburg, 1971

In der ersten Aufschwungphase der deutschen Umweltpolitik wurden viele Gesetze und administrative Strukturen geschaffen. Das Bundesimmissionsschutzgesetz gehört zu den hervorzuhebenden Projekten in Genschers Regierungszeit. Die Genehmigung von Industrieanlagen wurde mit diesem zum einen an die Einhaltung bestimmter Immissionsgrenzwerte in Abhängigkeit von der lokalen und regionalen Belastungssituation geknüpft und zum anderen an die Einhaltung des aktuellen Technikstands beim Emissionsausstoß. Mit diesem Gesetz wurde die Bundesrepublik zur Vorreiterin in Sachen Luftreinhaltung und Umweltschutztechnik. Die deutschen Emissionsgrenzwerte und Produktstandards sollten die Blaupause der internationalen Umweltpolitik werden. Man hoffte darauf, andere Staaten zur Nachahmung zu motivieren.

Auch der Gewässerschutz gehörte zu den Anfangsthemen der deutschen Umweltpolitik. Ein besonderes Augenmerk lag auf dem Schutz der Nordsee. Alle Anstrengungen sollten unternommen werden, um die Verklappung von Abfällen aus der Titanoxidproduktion zu beenden.

Zu den wichtigsten, ersten Umweltgesetzen gehören darüber hinaus noch die folgenden: das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm 03.04.1971, das Benzinblei-Gesetz 08.08.1971, das Abfallbeseitigungsgesetz 11.6.1972, das DDT-Gesetz (Verbot des Einsatzes von DDT) 10.11.1972 und das Gesetz über Umweltstatistiken 18.08.1974. Hinzu kommen mehrere internationale Umweltabkommen zum Schutz der Weltmeere und zum Artenschutz. Die europäische Gemeinschaft begann mit Gesetzesvorhaben zum Umweltschutz erst im Jahr 1972.

Das BMI errichtete im Dezember 1971 den unabhängigen Sachverständigenrat für Umweltfragen, der den Umweltzustand in der BRD begutachten und Lösungsansätze für Umweltschäden entwickeln sollte.

1974 wurde dann das Umweltbundesamt gegründet. Die Einrichtung einer solchen Organisation als „Dachorganisation zur wirksameren Zusammenfassung bestehender Bundesanstalten und Einrichtungen auf dem Gebiet der Umweltforschung und zur Übernahme von nichtministeriellen Aufgaben“ wurde bereits im Umweltprogramm von 1971 gefordert. In den Folgejahren entwickelte sich das Umweltbundesamt zu einer wichtigen Beratungsbehörde des BMI und war der entscheidende Schritt bei der Zusammenfassung der Umweltschutzaufgaben.

” **Die Thesen waren ein Manifest, eine Kampfansage an die selbstzufriedene Behäbigkeit einer bürgerlichen Wirtschafts- und Honoratiorenpartei, eine Unabhängigkeitserklärung.**

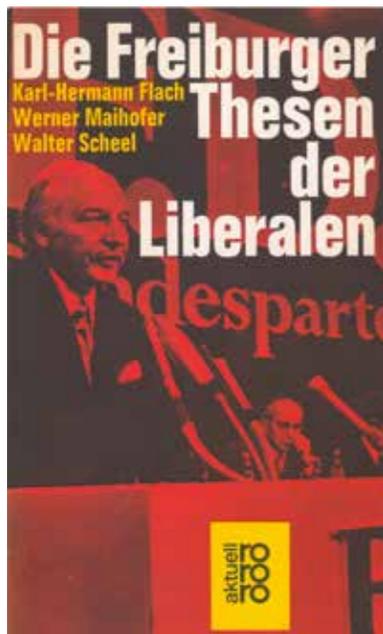
Burkhard Hirsch

## Freiburger Thesen

Als erste Partei in der Bundesrepublik Deutschland verabschiedete die FDP mit den Freiburger Thesen 1971 ein Umweltprogramm<sup>1</sup>. Mit ihnen wurde der reformatorische Programmanspruch der Liberalen verdeutlicht und das Konzept eines modernen Liberalismus mit sozialer Prägung gezeichnet. Die Freiburger Thesen geben keine konkreten Handlungsschritte vor, sondern sind als Ausgangspunkt für die Ausgestaltung der Umweltpolitik zu verstehen. Innerhalb der Grundprinzipien dieses Programms erhält die Umweltpolitik einen Platz in der liberalen Gesellschaftspolitik neben den Thesen zur Eigentumsordnung, Vermögensbildung und Mitbestimmung.

Für die Freien Demokraten gehörte die Umweltpolitik maßgeblich zu den Grundlagen der Gesellschaftspolitik, da sie die notwendige Antwort auf die Herausforderungen der industrialisierten Gesellschaft darstellte, die die Natur überstrapazierte und zerstörte. Der zentrale liberale Leitgedanke ist der Schutz der Menschenwürde. „Jeder hat ein Recht auf eine menschenwürdige Umwelt“, heißt es in der ersten These zur Umweltpolitik. An dieser Stelle wird die einzelne Person und der Umweltschutz miteinander verknüpft. Durch den Anspruch auf eine intakte Umwelt wird zum einen der Staat befähigt, Rahmenbedingungen zu setzen, und zum anderen werden alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen aufgefordert, die Unversehrtheit der Umwelt mitzugestalten.

<sup>1</sup> Siehe dazu auch die Beiträge von Elke Seefried und Veronika Grimm, in: "Wandel beginnt im Kopf - 50 Jahre Freiburger Thesen"; Publikation der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Juni 2021, <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/1094>



Die FDP plädierte deshalb für eine Erweiterung der Kompetenzen des Bundes und ging sogar über einen reinen Gesundheitsschutz der Bevölkerung als Folge von Umweltpolitik hinaus. Die Freiburger Thesen betrachten Umweltpolitik auch als Freizeitpolitik. Hier zeigt sich das anthropozentrische Umweltverständnis der Liberalen: Der Mensch ist der Maßstab für die Ausgestaltung der Umweltpolitik.

Zudem forderte die FDP die Aufnahme des Umweltschutzes in Artikel 2 des Grundgesetzes, was den hohen Stellenwert der Umweltpolitik in der programmatischen Arbeit der FDP verdeutlicht. Die Umweltpolitik sollte genauso wichtig sein wie Bildungspolitik oder die Landesverteidigung. Auch eine stärkere Berücksichtigung von Umweltfaktoren in der Wirtschaft und Entscheidungen der Öffentlichen Hand zeigt den weg-

#### **Die Freiburger Thesen der Liberalen**

Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1972

Die Freiburger Thesen wurden am 27. Oktober 1971 auf dem Bundesparteitag in Freiburg als Grundsatzprogramm verabschiedet. An der Publikation mit Beiträgen beteiligt waren Walter Scheel, Werner Maihofer und Karl-Hermann Flach.

## „Jeder hat ein Recht auf eine menschenwürdige Umwelt.“

Aus den Freiburger Thesen, These 1 zur Umweltpolitik

weisenden und progressiven Charakter der Freiburger Thesen. Heute sind umwelt- und klimapolitische Maßnahmen und Vorgaben an die Industrie nicht mehr wegzudenken; in den 70ern war dieses Denken in der Bundesrepublik noch fremd.

Die FDP forderte sehr früh eine vorausschauende Umweltpolitik, die anders als bisher gehandhabt, eben nicht nur auf Schäden reagiert, sondern diese von Anfang an vermeidet. Der SPIEGEL bezeichnete diese Thesen schon vor der Veröffentlichung als „Verbal-Radikalismen“, die keinerlei politische Auswirkungen haben würden. Mit der Vorarbeit der Liberalen durch ihr Umweltprogramm wurde mit der vorausschauenden Umweltpolitik ein fortschrittliches Instrumentarium entwickelt, was sich bis heute als Fundament aller Umweltmaßnahmen findet. Auch auf die Kostenfrage, die insbesondere zu Beginn der Umweltpolitik eine große Rolle gespielt hatte, hatte die FDP bereits eine Antwort:

das Verursacherprinzip. Durch die Einführung eines Preises für Umweltschäden in den Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft werden die Kosten den Verursachern angerechnet. Außerdem sind weitere Punkte erwähnenswert, so die Strafbarkeit von Umweltvergehen: „Umweltschädigung ist kriminelles Unrecht.“ Gefordert wurden Standards und die Definition des Umweltschutzes als Aufgabe des Bundes mit konkurrierender Gesetzgebung sowie als internationale Aufgabe (Forderung der Aufnahme in die UN-Menschenrechtscharta) und Teil einer umfassenden Raumordnungspolitik.

Mit den Freiburger Thesen hat die FDP das Umweltthema in die bundesdeutsche Politik gebracht. Peter Menke-Glückert betonte 1978, dass die Freiburger Thesen das Fundament für die Umweltprogrammatische aller Parteien gewesen sein.

# DIE KRISE

## 05 Die Folgen der Ölkrise

Die Ölkrise vom Winter 1973/74 und der daraus resultierende Wirtschaftseinbruch läuteten eine Veränderung der Umweltpolitik zugunsten einer stärkeren Wirtschaftsfokussierung ein. Umweltschutz wurde als Wachstumsbremse angesehen. 1975 wurde vom Bundeskanzleramt eine Tagung auf Schloss Gymnich abgehalten, auf der scharfe Kritik von Industrie und Gewerkschaften an der Umweltpolitik formuliert wurde. Nicht nur die schlechte Wirtschaftslage, sondern auch die Kernenergiefrage führten zu einem eher zögerlichen Umgang der Parteien mit dem Umweltthema. Dieselben Bürgerinitiativen, die Kernkraftwerke besetzten und Protestaktionen organisierten, traten auch für Umweltschutz ein.



**Demonstration gegen den Bau von Kernkraftwerken** vor dem Bundesministerium für Forschung und Technologie (18. Juli 1975)

Das führte zu Berührungsängsten der etablierten Parteien mit dem Umweltschutz, da sie Angst hatten, mit einem radikalen Aktionismus gleichgesetzt zu werden.

Der Fokus der Bundesregierung lag somit auf der Fortschreibung des technischen Umweltschutzes und des Gewässerschutzes, die beide von den verschiedenen Konjunkturförderungsprogrammen profitierten. Der Naturschutz rückte hingegen in den Hintergrund. Zudem war der Bundesinnenminister mit der drohenden Terrorismusgefahr beschäftigt und die Ministerialverwaltung auf sich allein gestellt.



**Kurfürstendamm bei Sonntagsfahrverbot** aufgrund der Ölkrise (25. November 1973)



### **Regierungserklärung 1974**

In der Regierungsbank: v.r. der neue Bundeskanzler, Helmut Schmidt, im Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher, dem neuen Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen. Im Hintergrund: Werner Maihofer, Bundesminister des Innern

Bundeskanzler Helmut Schmidt verkündete in seiner Regierungserklärung im Mai 1974, dass die Energiekrise Auswirkungen auf die zukünftige Organisation des Umweltschutzes haben würde. Diese Aussage verdeutlichte die veränderten Prioritäten der Bundesregierung. Zwischen 1975 und 1976 wurden noch die folgenden Umweltgesetze verabschiedet: das Waschmittelgesetz, die Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz, das Abwasserabgabengesetz und das Bundesnaturschutzgesetz. Bis 1978 wurden dann keine weiteren neuen Gesetzesvorhaben zum Umweltschutz initiiert. Allerdings wurde die Informationsgrundlage für zukünftige Umweltgesetzgebung erweitert, so wurde beispielsweise 1977 die „Rote Liste gefährdeter Arten“ vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegt.

## 06 Die Kieler Thesen

Auch die FDP sah sich aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Lage einer internen programmatischen Herausforderung gegenüber. Bereits in der Vorbereitungsphase des Kieler Parteitag (06.–08.11.1977) betonte der Bundesausschuss Umwelt, dass die Wirtschaftspolitik eine konsequente ökologische Ausrichtung beibehalten müsse. Auch wenn sich die Politik teilweise veränderten Rahmenbedingungen gegenüber sah, sollten die Grundpositionen der Freiburger Thesen weiterhin verfolgt werden. Trotz dieser Empfehlungen setzte sich in Kiel der Wirtschaftsflügel der Partei durch. Hieß es noch im Bundeswahlprogramm 1976, „Umweltschutz steht nicht im Gegensatz zu

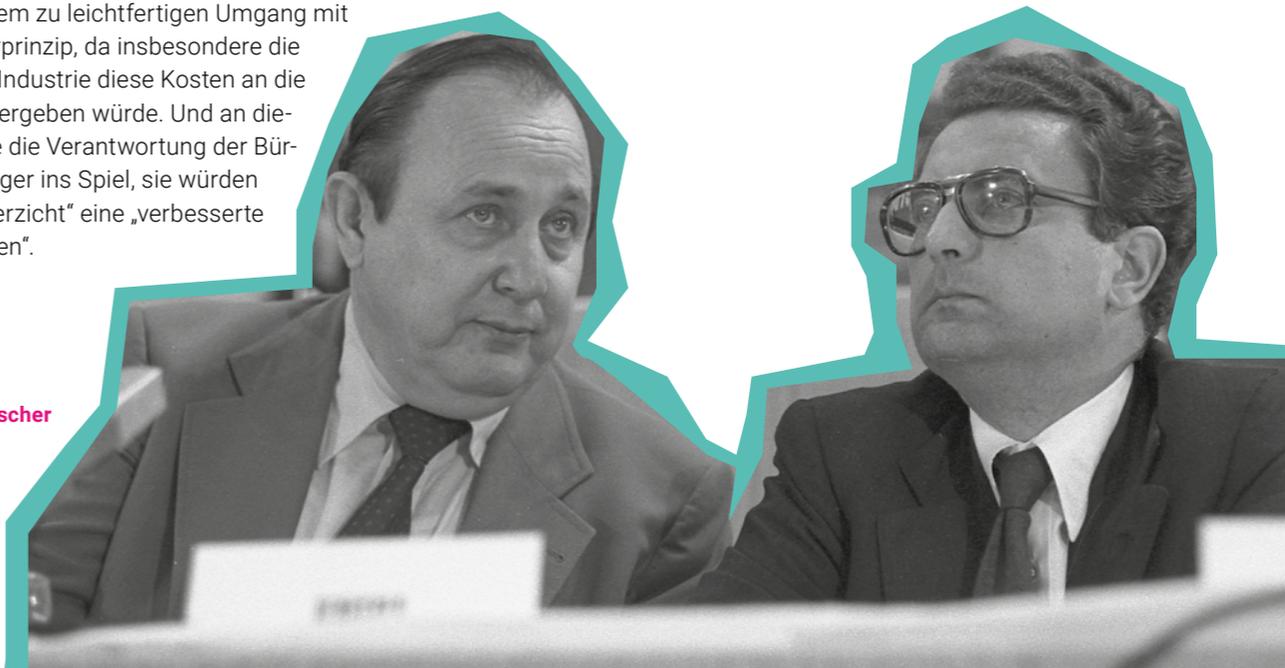
wirtschaftlichem Handeln, sondern ist eine unerlässliche Ergänzung jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme“, änderte sich diese Sichtweise mit Verabschiedung der Kieler Thesen. Zwar fand sich in diesen weiterhin die Beschäftigung mit ökologischen Fragen, und auch das Recht auf eine menschenwürdige Umwelt aus den Freiburger Thesen wurde aufgegriffen. Trotzdem war das vorrangige Ziel der Kieler Thesen, Vollbeschäftigung und Wachstum zu schaffen. Auch die vormals eher moralisch klingende Betrachtung des Umweltschutzes wich einer eher pragmatischen Einordnung. Umweltschutz wurde zu einer „wirtschaftlichen Notwendigkeit“.



28. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP  
in der Kieler Ostseehalle, November 1977

Mit den Kieler Thesen wandte sich die FDP einem bis heute hochaktuellen Thema zu: Wirtschaftswachstum und Umweltschutz dürfen einander nicht ausschließen. Vielmehr müssen kluge Innovationen entwickelt und in andere Regionen transferiert werden, die dann zu effizientem Umweltschutz und Wachstum beitragen. Die eher wirtschaftsgeprägte Betrachtung der Umweltpolitik zeigte sich in der Eröffnungsrede des Kieler Bundesparteitags vom stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden Hans Friderichs. Er warnte vor einem zu leichtfertigen Umgang mit dem Verursacherprinzip, da insbesondere die energieintensive Industrie diese Kosten an die Verbraucher weitergeben würde. Und an dieser Stelle komme die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger ins Spiel, sie würden durch „Konsumverzicht“ eine „verbesserte Umwelt finanzieren“.

Hans-Dietrich Genscher  
und Gerhart Baum  
28. Ordentlicher  
Bundesparteitag  
der FDP  
November 1977



„**Wer Umwelt und Ressourcen schützen will, darf nicht die Investitionsfähigkeit der Unternehmen einschränken, mit Folge eines Wachstumsstops; vielmehr muß das notwendige Wirtschaftswachstum an qualitativen Maßstäben orientiert sein.**“

Aus den Kieler Thesen

# DIE KONSOLIDIERUNG

## 07 Wiederaufschwung der Umweltpolitik

Die politischen Rahmenbedingungen für den Umweltschutz änderten sich 1978 grundlegend. Im Juni dieses Jahres kandidierten das erste Mal grüne Parteien für die Landtage in Niedersachsen und Hamburg. Zwar blieben sie unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde, ihre Teilnahme an der Wahl hatte aber zur Folge, dass die FDP an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte und nicht mehr in die Landtage einzog. Noch wurden die grünen Parteien nicht als ernstzunehmende Konkur-

renz angesehen. Allerdings erschlossen sie für sich ein neues Wählerpotenzial, das den Wahlausgang bestimmen konnte. Alle etablierten Parteien begannen nun, dem Umweltschutz in ihren Programmen einen größeren Stellenwert zu geben. Trotzdem verschwanden die grünen Parteien nicht von der Bildfläche. Im Gegenteil: Sie gründeten im Januar 1980 in Karlsruhe eine Bundespartei, die dann auch an der Bundestagswahl im selben Jahr teilnahm.

FDP-Vorsitzender Hans-Dietrich Genscher und Bundesinnenminister Gerhart Baum, ca. 1980



In Wahlkampf 1980 sollte die Umweltthematik zum letzten Mal keine große Rolle mehr spielen. Die FDP blieb aber ihrem starken Bezug zur Umweltpolitik treu und forderte in ihrem Wahlauftritt „mehr rechtstaatliche Garantien, mehr Bürgerfreiheit und wirkungsvollen Klimaschutz“. Die verbesserte Wirtschaftslage ab 1978 erlaubte auch wieder mehr Handlungsspielraum für die Umweltpolitik. Die Arbeitslosenquote ging auf 3,7 Prozent zurück und die Wachstumsraten lagen bei 3,5 bzw. 4 Prozent.

Bundesminister Gerhart Rudolf Baum verlieh am 16. August 1979 auf der **Bundesgartenschau in Bonn** das Umweltzeichen für lärmarme Motorrasenmäher, die nicht lauter als 60 Dezibel sind.





**Der Bundesverband der Bürgerinitiativen für den Umweltschutz (BBU)** demonstriert im Bonner Hofgarten gegen die Nutzung der Atomkraft (14. Oktober 1979)

1978 wurde dann vom FDP-geführten Bundesinnenministerium aus eine „Ökologisierung“ des Umweltschutzes initiiert. Das 1974 in Berlin gegründete Umweltbundesamt sollte ein Ökologieprogramm vorbereiten, mit dem der überwiegend mediale Umweltschutz (also sich direkt auf die Medien: Boden, Luft, Wasser konzentrierend) auf eine Grundlage gestellt werden sollte, um „ökologische Vernetzungen“ und Belastungsgrenzen des Naturhaushalts ergänzt werden sollte. Gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium wurde 1979 eine Projektgruppe „Aktionsprogramm Ökologie“ gegründet und das fertige Programm dann von BMI-Staatssekretär Günter Hartkopf (FDP) der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieses Programm sorgte nicht nur in der Industrie, sondern auch insbesondere im Bundeslandwirtschaftsministerium für Unruhe. Hartkopf war sich dieses Konfliktpotenzials bewusst, er äußerte, dass insbesondere dort mit Widerstand zu rechnen sei, „wo die sogenannte ‚Nützlichkeit‘ ökologisch bedingter Vorkehrungen nicht unmittelbar nachweisbar und vordergründig nicht einsichtig ist“.

Trotzdem wollte Bundesinnenminister Gerhart Baum die Umweltpolitik wieder stärker auf die Agenda bringen. In einer regelmäßigen monatlichen Umweltlage wurde er über die umweltpolitische Arbeit der zuständigen Abteilung informiert. Auch die SPD versuchte nun verstärkt, umweltpolitisch tätig zu werden und das wichtige Thema nicht mehr allein den Liberalen zu überlassen. Bis 1982 wurden weitere wichtige Umweltgesetze und Rechtsverordnungen von der Bundesregierung verabschiedet: 1980 das Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität, das massive Umweltverschmutzungen strafbar machte; 1980 das Chemikaliengesetz, ein Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen; 1980 die Phosphathöchstmengen-Verordnung; ebenfalls 1980 die Störfallverordnung beim Einsatz von gefährlichen Stoffen sowie 1982 die Klärschlammverordnung, die den Eintrag von Schadstoffen auf ein umwelttoxologisch ungefährliches Maß reduzieren sollte.

## 08 Ökologisches Aktionsprogramm

Auch innerhalb der FDP setzte eine verstärkte umweltbezogene Programmtätigkeit ein, die in der Verabschiedung des Ökologischen Aktionsprogramms 1981 auf dem Kölner Parteitag resultierte. Mit diesem konnte der Umweltflügel der FDP die Inhalte der Freiburger Thesen in einer zukunftsweisenden Umweltprogrammatisierung weiterführen. Die Formel „Umweltschutz ist Langzeitökologie“ fasste diese zusammen. Die FDP setzte mit diesem Programm ihre Kernforderung nach einer stärkeren Bürgerbeteiligung an Planungsvorhaben im Umweltschutz fort. Ohne das Mitwirken der Bevölkerung beim Umweltschutz könne dieser nicht gewährleistet werden. Deshalb sprach sich die FDP erneut deutlich für das Kooperationsprinzip aus. Insbesondere die Kommunen und die Wirtschaft sollten als Vorbild für die Förderung und Ausbildung des Umweltbewusstseins der Bürgerinnen und Bürger vorangehen.



**Hans-Dietrich Genscher  
mit Puppenspielerpuppe**  
Bundesparteitag, Köln 30. Mai 1981

Mit der Präambel „Wirkliche Lösung von Umweltproblemen ist ihr Ziel, nicht Systemveränderung“ versuchte die FDP, sich von radikalen Gruppen der Umweltbewegung sowie der Partei der Grünen abzusetzen. Letztere forderten grundlegende Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Für die Liberalen stand im Gegensatz dazu im Vordergrund, dass Wirtschaftswachstum und Ökologie nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfe und jede Umweltpolitik stets auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen müsse. Ordnungsrahmen sollte weiterhin die Soziale Marktwirtschaft sein.

Im Ökologischen Aktionsprogramm wurden zudem 11 Thesen als Ökologische Eckwerte formuliert, an denen sich die Umweltpolitik ausrichten sollte. Diese setzten sich unter anderem mit dem Bodenschutz, dem Meeresschutz, dem Strahlenschutz und auch dem neueren Thema des Klimaschutzes auseinander. Um dem liberalen Grundsatz des Verursacherprinzips treuzubleiben, formulierte die FDP darüber hinaus, wie diese Thesen konkret in den Verursacherbereichen, also dem Bergbau oder der Wasserwirtschaft, umgesetzt werden sollten. Weiterhin wurde am Prinzip des präventiven Umweltschutzes festgehalten, den die Liberalen schon sehr früh als Prämisse ihrer Umweltpolitik festgeschrieben. Abschließend wurden wichtige Instrumente und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Umweltpolitik definiert. Besonders auffallend ist der Vorschlag des Verbandsklagerechts, um Bürgerinnen, Bürger und Umweltgruppen stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden.

# DER INTERNE KONFLIKT

## 09 BML vs. BMI – Umweltpolitik unter Gerhart Baum

Bei der Bundestagswahl 1980 erzielte die FDP ein unerwartet gutes zweistelliges Wahlergebnis. Dieses bot Bundesinnenminister Gerhart Baum die Möglichkeit, weitere umweltpolitische Meilensteine zu erreichen. Vor dem Wahlkampf hatte er in der Antwort auf eine große Anfrage der SPD- und FDP-Fraktionen des Deutschen Bundestags eine umfassende umweltpolitische Bilanz vorgelegt, die verdeutlichte, welche umweltpolitischen Erfolge unter den liberalen Bundesinnenministern bereits erreicht wurden. In den Koalitionsverhandlungen setzte er sich für eine Verlagerung der Naturschutz- und Landschaftspflege-

komponenten aus dem BML in das BMI ein. Das Bestreben der FDP, die Kompetenzzersplitterung in der Umweltpolitik aufzuheben, zeigte sich hier erneut. Nicht nur die Umwelt- und Naturschutzverbände unterstützten Baum bei diesem Anliegen, sondern auch mehrere SPD-Abgeordnete. Diese hatten in einem Brief an den Bundeskanzler die Ausgliederung der Bereiche Naturschutz und Tierschutz aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium gefordert. Baums Forderung war zwar nicht erfolgreich, aber sie hatte einige inhaltliche Vorgaben für den Geschäftsbereich des FDP-Landwirtschaftsministers Ertl zur Folge.



FDP-Landwirtschaftsminister Josef Ertl bei der **Grünen Woche** (23. Januar 1981)

**Gerhart Baum, Bundesminister des Innern,** hält im Bundestag eine Rede bei der Aussprache zur Regierungserklärung (23. November 1980)



In der Regierungserklärung wurde der Bundeslandwirtschaftsminister verpflichtet, ein Recht zur Verbandsklage durch eine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes einzuführen und das Pflanzenschutzrecht zu novellieren. Zusätzlich verwies Baum in der dazugehörigen Bundestagsdebatte auf den unzureichenden Bodenschutz. Auch das war ein Thema, für das eigentlich das Landwirtschaftsministerium zuständig war. Die Verteilung der Umweltkompetenzen wurde mehr und mehr zu einem Hemmschuh für erfolgreiche Umweltpolitik. Zu einem offenen Kompetenzkonflikt zwischen BMI und BML kam es allerdings erst während der Arbeiten des BMI an einem Bodenschutzprogramm zum Ende der sozial-liberalen Koalition.

# DIE KATASTROPHE

## 10 Exkurs Luftreinhaltepolitik/Waldsterben

Anfang der 80er Jahre kam das erste wirklich sichtbare umweltpolitische Thema auf die Agenda: Mehr und mehr Forstwirtschaftler und Wissenschaftler machten auf den schlechten Zustand der Bäume aufmerksam. Die Bäume waren stark geschwächt, verloren Nadeln und Blätter und waren gelb gefärbt. Wurde die Behauptung des Zusammenhangs zwischen industriellen Emissionen und Umweltschäden lange Zeit noch belächelt, wurde nun das erste Mal deutlich,

was bereits befürchtet wurde: Ein Weitermachen beim Ausstoß von Schadstoffen würde zu irreparablen Schäden in der Umwelt führen.

Die eher wirtschaftsorientierte Phase vor 1978, welche die Umweltpolitik schwächte, hatte insbesondere die Luftreinhaltepolitik vernachlässigt. Die Novellen des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der Technischen Anleitung Luft scheiterten 1980 zunächst. Trotzdem begrüßte man im BMI, dass es zu keiner Verschlechterung der geltenden Rechtslage

FDP-Poster  
„Mit den Wäldern stirbt  
auch alles Leben“, 1982

Die armen Länder brauchen Brennholz so dringend wie wir das Öl. Im Jahr 2000 werden 40 % der tropischen Wälder abgeholzt sein. 20.000 Tier- und Pflanzenarten sind damit tot.

### Mit den Wäldern stirbt auch alles Leben.

Die Prognose von Global 2000

Jährlich werden 600 Millionen Hektar Wald zur Öde. Immer mehr kostbarer Dung und Ernterückstand wird als Brennstoff verheizt. Öd- und Trockengebiete werden immer größer, ihre Bewirtschaftung und Bewässerung immer unmöglicher. Jährlich kommen 100 Millionen Menschen dazu.

Die Industrieländer müssen sich zu nie dagewesenen Gemeinsamkeiten und Anstrengungen zwingen, um die globale Katastrophe abzuwenden. Das erfordert von den Politikern nie dagewesenen Mut, sich über Einzel- und Eigeninteressen hinweg diesen globalen Zusammenhängen zu stellen. Und von jedem einzelnen nie dagewesene Bereitschaft, auch unbequeme Schritte mitzutragen. Manchen ist es ja schon zu viel, mal einen Schritt zu Fuß zu gehen. Wir müssen jetzt handeln.

**F.D.P.**  
Die Liberalen

## Deutlich sichtbare Waldschäden

durch sauren Regen in der Tschechoslowakei



gekommen war. Noch sah man keinen Handlungsbedarf, die Industrie zu einer stärkeren Schadstoffreduktion von alten Feuerungsanlagen zu zwingen. Bundesinnenminister Baum erkannte aber die Wichtigkeit einer solchen Verminderung und forderte 1979 bei der Vorstellung des Jahresberichts des Umweltbundesamts (UBA) die Autoindustrie auf, sich nicht weiter gegen die Entwicklung von abgas- und lärmarmen Fahrzeugen zu sträuben. Trotz Protesten vonseiten der Automobilindustrie bekräftigte Baum seine Absicht, die Bekämpfung der vom Auto verursachten Schadstoffbelastung zum Schwerpunkt seiner Umweltpolitik zu machen.

Die zunehmende Luftverschmutzung in Westdeutschland, vor allem durch Schwefeldioxid aus Ölheizungen, Abgasanlagen und Schloten von Kraftwerken, Erzhütten und Raffinerien, führte zu saurem Regen. Insbesondere Nadelbäume wurden durch die zunehmende Schwefelbelastung in der Luft stark geschädigt. Der SPIEGEL veröffentlichte im November 1981 eine Titelstory zum Waldsterben und verhalf dem Thema so zum öffentlichen Durchbruch. Die erste Waldschadenserhebung im selben Jahr führte zu einer verschärften politischen Auseinandersetzung mit dem Ausstoß von Schwefeldioxid. Bundesinnenminister Baum drängte deshalb auf eine Sonder-sitzung des Kabinetts zum Umweltschutz. Auf dieser Sitzung wurde eine Verschärfung der  $\text{SO}_2$ -Emissionsgrenzwerte der Großfeuerungsanlagen-Verordnung beschlossen.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann (CSU) war die Entlassung von Menke-Glückert aus dem Ministerium. Gleichwohl erschien der bereits vorliegende Entwurf der Großfeuerungsanlagen-Verordnung. An diesem Dokument wurde insgesamt fünf Jahre gearbeitet, und nach rund neun Monaten Amtszeit der ersten schwarz-gelben Regierung am 01.07.1983 trat es in Kraft. Die Verordnung enthielt die europaweit strengsten Grenzwerte für den Ausstoß von Luftschadstoffen aus Großanlagen.



## Jetzt ins Umweltauto steigen!

Plakat der FDP zur Luftreinhaltung, 1985

## 11 Die Gründung des Bundesumweltministeriums

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 konnte die Gründung eines Bundesumweltministeriums nicht weiter aufgeschoben werden. Die Konzentration aller Umweltschutzkompetenzen in einem Ministerium war schon längere Zeit von Expertinnen, Experten und Umweltorganisationen gefordert worden. Die bis dahin noch geltende Kompetenzersplitterung sollte so endlich aufgehoben werden. Zudem hoffte man auf eine stärkere Durchsetzung von Umweltbelangen in regierungsinternen Entscheidungsprozessen. Andere Stimmen befürchteten hingegen, dass ein frisch gegründetes Ministerium, was sich ausschließlich mit Umweltpolitik auseinandersetze, keine Chance gegen „starke

Ministerien“ wie das Wirtschafts- oder das Landwirtschaftsministerium haben könnte.

Im Juni 1986 wurde dann entgegen aller Kritik das Bundesministerium für Umweltschutz gegründet. Wegen der Ereignisse in Tschernobyl lag der Fokus des Bundesumweltministeriums zunächst im Bereich der Kernenergie und vorrangig dort beim Strahlenschutz. Eine der ersten Initiativen galt der Erarbeitung eines Strahlenschutzvorsorge-Gesetzes. Die jahrelange Forderung der Liberalen nach einer strikten Kompetenzbündelung beim Umweltschutz wurde mit der Gründung des Bundesumweltministeriums endlich umgesetzt.



**Walter Wallmann, der erste Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**  
mit Bildjournalisten am Schreibtisch in seinem Büro im Palais Schaumburg bei seinem Dienstantritt im ersten Umweltministerium der Bundesrepublik (6. Juni 1986)

# RESÜMEE

## Der liberale Charakter der Umweltpolitik

Früher als die anderen Parteien haben die Liberalen in Deutschland frühzeitig die Wichtigkeit der Umweltpolitik erkannt. Mit einer für die damalige Zeit höchst progressiven Umweltpolitik haben Freidemokraten Anfang der Siebziger Jahre Wegmarken gesetzt. Unter Hans-Dietrich Genscher wurde die Umweltpolitik im Bundesinnenministerium angesiedelt und gebündelt. Der Ansatz, den Umweltschutz umfassend und nicht nur punktuell, und vor allem vorausschauend zu planen, anstatt auf Katastrophen

lediglich zu reagieren, ist bis heute gültig. Gleiches gilt für das Verursacherprinzip, das die Liberalen früh in den Freiburger Thesen als ihren Grundsatz für den Umgang mit Umweltschäden festlegten. Bis heute liegt dieses Prinzip allen umwelt- und klimapolitischen Ansätzen zu Grunde: Wer Schäden an der Umwelt verursacht, muss dafür aufkommen. Für die FDP waren die Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft stets die Richtschnur für den Einsatz und die Entwicklung neuer Technologien. Anstelle einer



FDP-Poster „Allen jenen, für die Umweltschutz kein Thema ist, zeigen wir hiermit einen Vogel“, 1978

staatlichen Festlegung der vermeintlich besten Technologie setzen die Liberalen bis heute darauf, dass der Wettbewerb regelt, welche Technologien sich durchsetzen. Technologieoffenheit ist ein wichtiger Ansatz der heutigen Umwelt- und Klimapolitik, da wir heute nicht wissen können, welche Technologie in der Zukunft am effizientesten sein wird. Zudem setzen sich die Liberalen gestern wie heute gegen Verbote und für marktwirtschaftliche Lösungen ein. Zwar sollte es bis zur Gründung des Bundesumweltministeriums, das alle Kompetenzen bündelte, nach den Freiburger Thesen von 1971 noch etwas mehr als 15 Jahre dauern – trotzdem wurden die Grundlagen der deutschen Umweltpolitik maßgeblich von den Freien Demokraten mitbestimmt. Und auch, wenn die weltpolitische und die innenpolitische Situation ab der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre zwischen Kaltem Krieg, Ölkrise und Finanzkrise das Augenmerk der Liberalen auf andere Politikfelder lenkte und der Weg frei wurde für die neu entstehende, fast monothematische „Ökopartei“ Die Grünen: Die Tatsache, dass die meisten ihrer Grundsätze bis heute gültig sind, beweist den vorausschauenden und mutigen Charakter der Handelnden in den Anfängen der liberalen Umweltpolitik.



Tweet von Lukas Köhler, Mitglied des Deutschen Bundestages und klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, 19. Mai 2020

# LIBERALE UMWELTPLAKATE

FDP-Poster  
 „Stop! Angebot zur Zusammenarbeit“,  
 1978



FDP-Wahlplakat  
 „Ich wähle F.D.P. weil...“,  
 Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen,  
 1979



FDP-Sloganplakat  
 „Mit den Liberalen ran an die Sachprobleme!“,  
 Kommunalwahl Baden-Württemberg,  
 1979

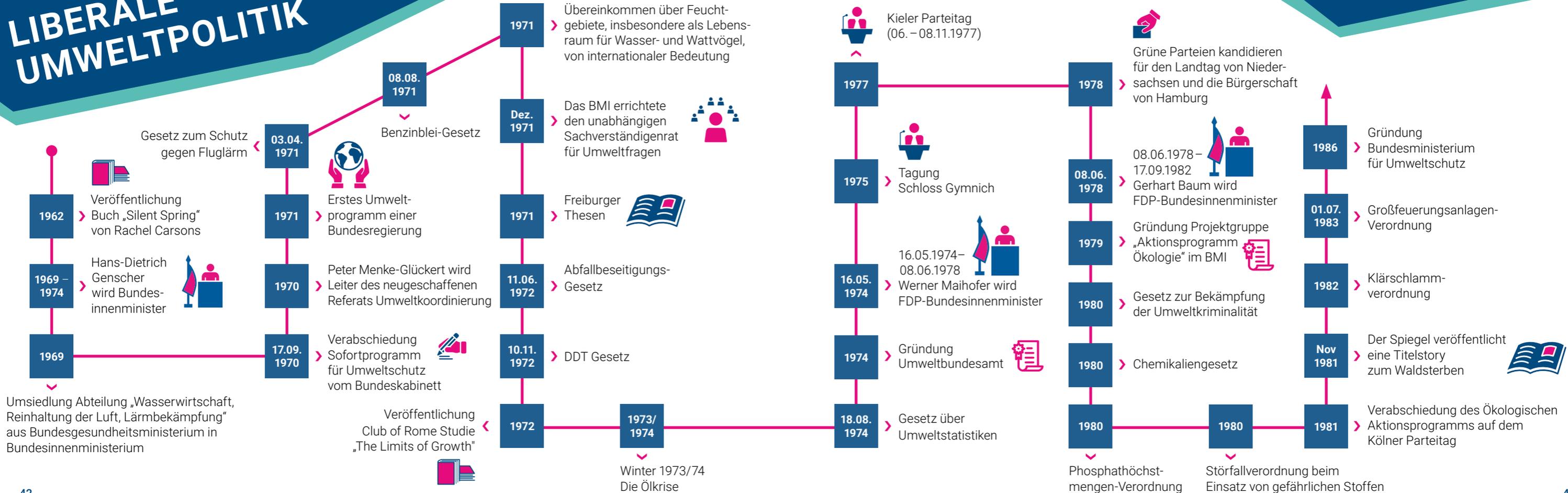


FDP-Wahlplakat mit  
 Bürgermeister Dieter Biallas,  
 Bürgerschaftswahl Hamburg,  
 1978



FDP-Wahlplakat mit  
 Kandidat Otto Wilke,  
 Landtagswahl Hessen,  
 1978

# LIBERALE UMWELTPOLITIK





## **DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT**

Für den liberalen Vordenker Friedrich Naumann stand fest: Eine starke Demokratie braucht mündige Bürger. Erst wenn der Einzelne am politischen Prozess teilnimmt und Verantwortung trägt, wenn er sich einmisch und seine Meinung vertritt, wächst und gedeiht eine liberale Gesellschaft. Die nach ihm benannte Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit ihrer Gründung am 19. Mai 1958 durch Bundespräsident Theodor Heuss für die Werte der Freiheit, für Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in Deutschland und in der Welt ein.

Im Sinne des Begründers der liberalen Erwachsenenbildung setzt sich die Stiftung dafür ein, dass es auf der ganzen Welt weniger abhängige und mehr selbstbewusste, politisch aktive Bürger gibt – durch die internationale Stiftungsarbeit in über 60 Ländern, Studien- und Promotionsstipendien an Bewerber im In- und Ausland, politische Bildungsangebote, Veranstaltungen und Publikationen sowie historische Forschungsarbeit.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wirbt für Freiheit und darum, die Verantwortung wahrzunehmen, die mit Freiheit untrennbar verbunden ist. Sie fördert eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechtere Gesellschaft – mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen zu ermöglichen.

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

**FRIEDRICH NAUMANN**

(1860 – 1919), Namensgeber der Stiftung



## BILDLEGENDEN

Cover	Ein Tankstelleninhaber wechselt an der Anzeigentafel seiner Tankstelle in Hamburg die Preisschilder für Super bleifrei. Quelle/Rechte: picture-alliance / dpa   Kay Nietfeld	Seite 22	28. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in der Kieler Ostseehalle, 1977. Quelle/Rechte: Bundesarchiv / Ludwig Wegmann	Seite 38	FDP-Poster „Allen jenen, für die Umweltschutz kein Thema ist, zeigen wir hiermit einen Vogel“, 1978. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P2-290.
Seiten 6/7	Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher wird im Deutschen Bundestag als Bundesminister des Innern durch Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel vereidigt. 22. Oktober 1969. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Jens Gathmann	Seite 23	Hans-Dietrich Genscher und Gerhart Baum, 28. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP, November 1977. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Ludwig Wegmann	Seite 40	FDP-Poster „Stop! Angebot zur Zusammenarbeit“, 1978. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P2-291.
Seite 8	Vorführung des Umweltschutzspiels „Toxifax“, Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher spielt mit interessierten Jugendlichen. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Georg Munker	Seite 24	FDP-Vorsitzender Hans-Dietrich Genscher und Bundesinnenminister Gerhart Baum, ca. 1980. Quelle/Rechte: Darchinger. Nutzungsrecht FNF. ADL, Fotosammlung, FD-188.	Seite 40	FDP-Wahlplakat „Ich wähle F.D.P. weil...“, Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen, 1979. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-505
Seite 10	FDP-Wahlplakat mit Kandidat Peter Menke-Glückert, Bundestagswahl, 1980. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-597.	Seite 25	Bundesminister Gerhart Rudolf Baum verließ am 16. August 1979 auf der Bundesgartenschau in Bonn das Umweltzeichen für lärmarme Motorrasenmäher, die nicht lauter als 60 Dezibel sind. Quelle/Rechte: Bundesarchiv / Engelbert Reineke	Seite 41	FDP-Sloganplakat „Mit den Liberalen ran an die Sachprobleme!“, Kommunalwahl Baden-Württemberg, 1979. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-2432.
Seite 12	Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Innern (2.v.l.), und Robert Poujade, französischer Minister für Umweltschutz (l.), besichtigen das Emscher Klärwerk, 1. Juni 1971. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Detlef Grafingholt	Seite 26	Der Bundesverband der Bürgerinitiativen für den Umweltschutz (BBU) demonstriert im Bonner Hofgarten gegen die Nutzung der Atomkraft, 14. Oktober 1979. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Ludwig Wegmann	Seite 41	FDP-Wahlplakat mit Kandidat Otto Wilke, Landtagswahl Hessen, 1978. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-429.
Seite 13	„Einsichten – Aussichten“ Werbeplakat des Umweltbundesamts, ca. 1982. Quelle/Rechte: Bundesarchiv	Seiten 28/29	Bundesparteitag der FDP in Köln, 1981. Quelle: Foto: Darchinger. Nutzungsrecht FNF. ADL, Fotosammlung, FD-400	Seite 41	FDP-Wahlplakat mit Bürgermeister Dieter Biallas, Bürgerschaftswahl Hamburg, 1978. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P0-158.
Seite 15	Bundesparteitag der FDP in Freiburg, 1971. Quelle: Foto: Slominski. Nutzungsrecht FNF. ADL, Fotosammlung, F2-488.	Seite 31	FDP-Landwirtschaftsminister Josef Ertl bei der Grünen Woche (23. Januar 1981). Quelle/Rechte: Bundesregierung / Klaus Lehnartz	Seite 44	Truman Haus und Neubau: Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam-Babelsberg. Quelle/Rechte: ADL F20-173
Seite 18	Freiburger Thesen der FDP zur Gesellschaftspolitik. Rowohlt, Bonn 1972.	Seite 33	FDP-Poster „Mit den Wäldern stirbt auch alles Leben“, 1982. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P2-352.	Seite 45	Friedrich Naumann lesend im Ledersessel, um 1905. Quelle/Rechte: ADL FN3-10b
Seite 20	Demonstration gegen den Bau von Kernkraftwerken vor dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, 18. Juli 1975. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Ulrich Wienke	Seite 34	Deutlich sichtbare Waldschäden durch sauren Regen in der Tschechoslowakei. Quelle/Rechte: getty images		
Seite 21	Kurfürstendamm bei Sonntagsfahrverbot aufgrund der Ölkrise, 25. November 1973. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Gert Schütz	Seite 35	FDP-Poster „Jetzt ins Umweltauto steigen!“, 1985. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P2-429.		
Seite 21	Regierungserklärung 1974 In der Regierungsbank: v.r. der neue Bundeskanzler, Helmut Schmidt, im Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher, dem neuen Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen Im Hintergrund: Werner Maihofer, Bundesminister des Innern. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Engelbert Reineke	Seite 37	Walter Wallmann, der erste Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Bildjournalisten am Schreibtisch in seinem Büro im Palais Schaumburg bei seinem Dienstantritt im ersten Umweltministerium der Bundesrepublik 6. Juni 1986. Quelle/Rechte: Bundesregierung / Lothar Schaack		



**ARCHIV DES  
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

**Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit**

Karl-Marx-Straße 2

14482 Potsdam

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

ISBN 978-3-948950-10-1